

Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Freitag: **Wochen-Anzeigenpreis: 1.00 RM.** Bei Bezahlung in den Verkaufsstellen des Bezugsgebietes 10 Pf. mehr, bei Bezahlung in den Verlagsstellen 20 Pf. mehr.
Verlagsstellen: 50 Pf., Wuppertal 10 Pf., Gelsenkirchen 20 Pf.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Zeile (100 Buchst.) 10 Pf. (100 Buchst.)
8 Zeilen, im Zeitteil (100 Buchst.) 20 Pf. (100 Buchst.)
Die Redaktion und Verwaltung: 25 Wuppertal, Wuppertal.
Verlagsstellen: 50 Pf., Wuppertal 10 Pf., Gelsenkirchen 20 Pf.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannes zu Altdorf und des Ersten Bürgermeisters der Stadt Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 27

Dienstag, den 2. Februar 1937 nachmittags

96. Jahrgang

Neue Ausgangsstellung

Die gesamte internationale Weltpresse steht auch heute noch völlig im Zeichen der Rede des Führers vom vergangenen Sonnabend. Ein Ueberblick über die große Zahl der aus aller Welt vorliegenden Leitartikel und Kommentare ergibt eine Zustimmung zu den Ausführungen Adolf Hitlers, wie sie in diesem Umfang und in dieser Sachlichkeit bisher noch nicht festzustellen war. Die verhältnismäßig wenigen ablehnenden Meinungen sind fast ausschließlich marxistischen Ursprungs, für uns daher nicht verwunderlich und nicht der Rede wert, doch wir uns näher mit ihnen befassen. Man merkt ihnen die Bewußtheit, von den bekannten internationalen Friedensstörern diffidierte Ansicht der Unterdrückung Deutschlands um jeden Preis an und läßt sie links liegen, zumal es immer deutlicher wird, daß der Einfluß im Schwanden begriffen ist. Die überwältigende Mehrheit der ausländischen Pressestimmen stellt übereinstimmend fest, daß Deutschland heute ein unentbehrlicher Faktor der internationalen Politik ist und zeigt das wachsende Verständnis für die Berechtigung unseres deutschen Standpunktes — der seit 1933 unverändert geblieben ist — in aller Welt.

Als erster der führenden Auslandspolitiker hatte bereits am Sonntag der französische Außenminister Delbos dem Führer geantwortet. Seine Ausführungen sind in einem durchaus verständlichen Ton gehalten. Wo sie eine vom deutschen Standpunkt abweichende Haltung einnehmen, geschieht dies in vornehmer sachlicher Form. Wenn der französische Außenminister betont, daß die französische Politik das gleiche Ziel verfolge wie die Politik Adolf Hitlers und daß nur die Methoden in Paris andere wären wie die Berlins, dann muß dem gegenübergestellt werden, daß der deutsche Standpunkt des schrittweisen Weitergehens im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten für uns doch weit mehr Vorteile gebracht hat als die „kollektive Friedenssicherung“ der französischen Methode. Die von Delbos verlangte Einbeziehung Sowjetlands in das allgemeine europäische Friedenswerk ist und bleibt eine Selbsttäuschung, da die Moskauer Politik eingeständener und oft fast proklamt verkündeter Weise auf eine systematische Friedensstörung eingestellt ist.

Besonders günstig wurde in den europäischen Hauptstädten Deutschlands Bereitschaft zur Garantierung Belgiens und Hollands vermerkt. Eine außerordentlich bemerkenswerte Antwort hat die Rede unseres Führers weiter gefunden in dem Vorschlag des ehemaligen englischen Außenministers Londonderry, der zunächst schloß, daß es ohne Deutschland unmöglich ist, auf eine Meta des Friedens hinzuwirken und der dann einen Lustpakt Deutschland-England-Frankreich vorschlug. Hierzu liegen bereits mehrfache deutsche Zustimmungsvor. Das erste Mal geschah das am 14. Februar 1935 als Antwort auf gleichlautende Londoner Vorschläge vom 3. Februar 1935 und die zweite Zustimmung erfolgte in der Führerrede vom 21. Mai 1935. Daß diese Legitimationsbestrebungen bisher noch nicht verwirklicht wurden, liegt in dem französischen Bestreben, diese Frage in einer für Deutschland unmöglichen Form mit dem Osttrakt zu verbinden.

Bei der Kritik an dem deutschen Standpunkt in der Rüstungsfrage überzieht man immer die Aufgabe, daß es sich in Deutschland nicht um Rüstungsfragen, sondern um einen zur Verteidigung unserer Ehre und dem Schutz unserer Arbeit erforderlichen Ausgleich unseres erzwungenen Rückstandes den anderen gegenüber handelt. Wer im Zeichen der „Abrüstungsnotwendigkeiten“ eine bisher noch nie dagewesene Aufrüstung durchgeführt hat, das braucht wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Jedenfalls war inmitten einer waffenparierenden Welt Deutschland der einzige Staat ohne Waffen, bis der Führer diesem unwürdigen und unmöglichen Zustand ein Ende machte und für Deutschland das tat, was die

Monatlich 15000 Ehebeihilfen

Bisher 700 000 Darlehen ausgezahlt

Staatssekretär Fritz Reinhardt hat in einem Aufsatz in der „Deutschen Steuerzeitung“ u. a. folgende erfreuliche Ergebnisse bekanntgegeben: Als Dauermaßnahme aus dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juli 1933 bleibt für immer der Ausschüttung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen bestehen.

Wie haben seit August 1933 bis zum 30. Januar dieses Jahres 700 000 Ehestandsdarlehen im Durchschnittsbetrag von 600 RM., insgesamt also 420 Millionen RM., gewährt. Wie werden weiterhin monatlich rund 15 000 Ehestandsdarlehen gewährt, so lange, wie es heiratsfähige Volksgenossen im Arbeitsmangelstand in Deutschland geben wird.

Die Zahl der Eheschließungen ist in den drei Jahren 1933 bis 1935 um 420 000 oder 26 v. D. höher gewesen, als in den drei letzten Jahren zuvor. Wenn wir in unsere Berechnung noch das Jahr 1936 einbeziehen, so greifen wir nicht zu hoch, wenn wir die Zahl der Ehen, die insbesondere wegen der Möglichkeit der Erlangung eines Ehestandsdarlehens zustande gekommen sind, mit 500 000 annehmen. Der Arbeitsmarkt ist um mindestens 150 000 entlastet worden durch die weiterhin andauernde Annahme des Beschäftigungsstandes in der Möbel-, der Hausgerätee- und in sonstigen Industrien, die als Lieferindustrien für Haushaltungen in Betracht kommen.

Entlastung des Arbeitsmarktes

Der Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe ist um rund 570 Millionen RM. jährlich infolge Wegrentierung des Arbeitsmarktes um 650 000 Arbeitskräfte durch die Gewährung von Ehestandsdarlehen vermindert worden.

Die Zahl der Lebensgeborenen im Deutschen Reich einschließlich Saarland hat sich wie folgt entwickelt: 1923: 971 174; 1924: 1 198 350; 1925: 1 261 273. — In den mit Ehestandsdarlehen gegründeten Ehen sind bis Ende Januar 1937 rund 600 000 lebende Kinder geboren. Das sind im Verhältnis fast doppelt soviel Kinder wie in den Ehen, die seit 1933 ohne Ehestandsdarlehen geschlossen worden sind. Es erweist sich, daß die auf Ehestandsdarlehen beruhenden Ehen eine wesentlich größere Fortpflanzungsfähigkeit aufweisen als die anderen Ehen.

Die Mittel zur Gewährung der Ehestandsdarlehen werden aufgebracht durch eine erhöhte Einkommensteuer der Bedienden. Die Rückflüsse aus den gewährten Ehestandsdarlehen werden verwendet zur Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien. Wir haben seit Oktober 1935 bis Ende Januar 1937 an 350 000 minderbemittelte kinderreiche Familien ein malige Kinderbeihilfen im Durchschnittsbetrag von 350 RM. gewährt. Die Gesamtsumme beträgt 123 Millionen RM. Dadurch sind 2 Millionen Kinder mit durchschnittlich je 62 RM. bedacht worden.

Zehnt laufende Kinderbeihilfen

Außer den einmaligen Kinderbeihilfen an minderbemittelte kinderreiche Familien werden seit August 1936 laufende Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien gewährt. Die Zahl der Familien, an die diese laufenden Kinderbeihilfen gewährt werden, beträgt gegenwärtig 237 000, die Zahl der Kinder 200 000. Anrechnung der Kinderbeihilfen auf Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung oder dergleichen ist nicht zulässig. Die Kinderbeihilfen stellen demnach unter allen Umständen eine Verbesserung der sozialen Lage der Kinderreichen dar. Die Kinderbeihilfen stellen nicht eine Fürsorgemaßnahme, sondern eine volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch notwendige Ausgleichsmaßnahme dar.

Die Gewährung der laufenden Kinderbeihilfen wird nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ausgebaut werden, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, in dem es möglich sein wird, durch Schaffung einer Reichsfamilienausgleichskasse einen vollständigen Familienausgleich herbeizuführen. Der Kreis der Kinderbeihilfenberechtigten wird sobald wie möglich zunächst auf die Nichtlohnempfänger, insbesondere also auf die Handwerker, Kleinverdienenden usw., mit nicht mehr als 2200 RM. Jahreseinkommen ausgedehnt werden, und dann wird die Einkommenshöchstgrenze allmählich erhöht werden.

Krach im Kreml

Woroschilow droht Stalin

In der polnischen Presse werden bedeutsame Mitteilungen über die Vorgänge in der Sowjetunion gemacht, die ein gewisses Schlaglicht auf die augenblicklichen Machtämpfe in Moskau werfen. Nachdem eben erst die 13 Todesurteile des zweiten großen Theaterprozesses vollstreckt worden sind, machen sich jetzt schon die Vorbereitungen zum dritten Schauprozess bemerkbar. U. a. ist jetzt der frühere Wehrminister der Roten Armee, Generalmajor, Marschall Tuchatschewski, festgenommen worden.

Wie es heißt, ist es zu beständigen Auseinandersetzungen zwischen Stalin und dem Kriegsminister Woroschilow gekommen, und zwar wegen der ungelösten Frage, die Woroschilows Stellvertreter, Marschall Tuchatschewski, Staatsmänner der Staaten rings um Deutschland für ihr Land und ihre Völker von jeher als eine Selbstverständlichkeit betrachten.

Wie in allen seinen bisherigen Reden hat der Führer auch diesmal wieder seine großartige Verhandlungsbereitschaft und seinen Kampf für den Frieden bekanntgegeben. Durch den Mund des Führers sprach das gesamte deutsche Volk zur Welt, denn Volk und Führer sind in Deutschland eins. Ist die Gegenseite in gleicher Aufrichtigkeit zu einer Politik der Friedenssicherung und Lösung der nationalen Rechte bereit, wie es in Deutschland Führer und Volk sind, dann ist ein Ausgangspunkt für eine neue friedliche Entwicklung der europäischen Staaten und ihrer Völker geschaffen. R. Lgt.

darlehen beruhenden Ehen eine wesentlich größere Fortpflanzungsfähigkeit aufweisen als die anderen Ehen.

Die Mittel zur Gewährung der Ehestandsdarlehen werden aufgebracht durch eine erhöhte Einkommensteuer der Bedienden. Die Rückflüsse aus den gewährten Ehestandsdarlehen werden verwendet zur Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien. Wir haben seit Oktober 1935 bis Ende Januar 1937 an 350 000 minderbemittelte kinderreiche Familien ein malige Kinderbeihilfen im Durchschnittsbetrag von 350 RM. gewährt. Die Gesamtsumme beträgt 123 Millionen RM. Dadurch sind 2 Millionen Kinder mit durchschnittlich je 62 RM. bedacht worden.

Zehnt laufende Kinderbeihilfen

Außer den einmaligen Kinderbeihilfen an minderbemittelte kinderreiche Familien werden seit August 1936 laufende Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien gewährt. Die Zahl der Familien, an die diese laufenden Kinderbeihilfen gewährt werden, beträgt gegenwärtig 237 000, die Zahl der Kinder 200 000. Anrechnung der Kinderbeihilfen auf Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung oder dergleichen ist nicht zulässig. Die Kinderbeihilfen stellen demnach unter allen Umständen eine Verbesserung der sozialen Lage der Kinderreichen dar. Die Kinderbeihilfen stellen nicht eine Fürsorgemaßnahme, sondern eine volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch notwendige Ausgleichsmaßnahme dar.

Die Gewährung der laufenden Kinderbeihilfen wird nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ausgebaut werden, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, in dem es möglich sein wird, durch Schaffung einer Reichsfamilienausgleichskasse einen vollständigen Familienausgleich herbeizuführen. Der Kreis der Kinderbeihilfenberechtigten wird sobald wie möglich zunächst auf die Nichtlohnempfänger, insbesondere also auf die Handwerker, Kleinverdienenden usw., mit nicht mehr als 2200 RM. Jahreseinkommen ausgedehnt werden, und dann wird die Einkommenshöchstgrenze allmählich erhöht werden.

Kurzer Tagespiegel

Der Reichspresseschef der NSDAP Dr. Dietrich kündigt eine journalistische Sonderaktion „Die Partei im Kampf für Deutschland“ an.

Die uneingeschränkte Zustimmung der italienischen Presse zur Führerrede dauert an.

Die deutsch-englischen Besprechungen zur Ergänzung des Flottenvertrages vom Juni 1935 wurden wieder aufgenommen.

An der estnisch-sowjetrischen Grenze ist ein estnischer Grenzwächter spurlos verschwunden. Estnische Fischer wurden nach Sowjetland verschleppt.

Die am 30. Januar zum Tode verurteilten 13 Angeklagten im Moskauer Theaterprozess sind am 1. Februar erschossen worden.

Bei Singapur begannen große Randoer um die Anlagen auf ihre Brauchbarkeit zu erproben.

Der ungarische Innenminister v. Rozsa ist zurückgetreten. Der Ministerpräsident hat die Geschäfte des Innenministeriums übernommen.

Eine jüdische „Erneuerungsbewegung“ wurde in Wien gegründet, die eine Organisation zur Begeisterung des Volkstums darstellt.

Die Lebensmittelversorgung in Katalonien wird immer schwieriger. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird größer. Im Riffissippital hat das Hochwasser die Tammströme erreicht. Die Stadt Cairo wurde von den Einwohnern verlassen.

Deutsches Volk, Dein Ehrenbild ist das Winterhilfswerk!

Die 5. Reichsfesttagssammlung soll wiederum ein einmütiges Bekenntnis zum Führer sein!

Die Auslandspresse nicht zögern werde, diese Dokumente zu veröffentlichen, wenn man ihn zum Tode verurteilen würde. Radel sei einer der wichtigsten Verbindungsmänner zwischen der internationalen Freimaurerei und dem Kommunismus.

Täglich 170 Unfälle!

Das ist sowjetrussischer Eisenbahnverkehr.

Wie „Express“ Voranah“ meldet, hob der sowjetrussische Kommissar für das Verkehrswesen, Kaganowitsch, in einem Bericht hervor, daß sich im Verlaufe des Jahres 1936 insgesamt 62 000 Eisenbahnunfälle, also im Durchschnitt 170 Eisenbahnunfälle täglich, in der Sowjetunion ereignet hätten.

Reinigungsaktion bei den Sowjets

Was geschieht mit Radel und Sotolnikow?

London, 2. 2. (Funkpruch.) Der Moskauer Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß der Prozeß gegen Radel und Genossen 100 Personen, darunter alte und junge Bolschewiken, Ingenieure und andere durch die „Geschändnisse der Angeklagten“ belastet habe. Es sei anzunehmen, daß alle diese Personen bereits verhaftet seien, doch wolle man nicht, ob sie jemals öffentlich vor Gericht kämen. Auch handele es sich nur um einen kleinen Hundstich derjenigen, die bei der „Reinigungsaktion“ gegen frühere Oppositionsführer und ihre Anhänger verhaftet worden seien. In Moskau seien Berichte eingelaufen, daß man in großen chemischen Fabriken und in Munitionsfabriken des Landes „Reinigungsaktionen“ durchgeführt habe.

„Daily Herald“ meldet aus Moskau, daß Radel und Sotolnikow, die im Moskauer Theaterprozess mit dem Leben davonkamen, voraussichtlich bald wieder vor Gericht stehen würden und zwar werde man im nächsten Moskauer Prozeß die Todesanklage gegen sie erheben. Sie würden voraussichtlich zusammen mit Bucharin und Aglow und den anderen Mitgliedern des angeblichen „3. trotskischen Ri-ges“ auf Grund neuer Belastungsmaterialien zum zweiten Male belangt werden.